

Weiterhin Noten im Zeugnis

Ab 2016 soll der Lehrplan 21 an Thurgauer Schulen gelten. Eine Revolution sei er nicht, sagt Erziehungsdirektorin Monika Knill. Er ändere die Schulstrukturen nicht. Parteien und Verbände können jetzt ihre Meinung zum Lehrplan sagen.

CHRISTOF WIDMER

WEINFELDEN. Das Erziehungsdepartement geht in die Informationsoffensive. Mit einem ganzen Reigen von Veranstaltungen begleitet es die Diskussion um den letzte Woche vorgestellten Entwurf zum Lehrplan 21 der Deutschschweizer Kantone. Mit gutem Grund: Welche Auseinandersetzungen Schritte zur Harmonisierung der Volksschule auslösen können, zeigte das im Thurgau vor fünf Jahren gescheiterte Harmos-Konkordat.

An der gestrigen Informationsveranstaltung für die politischen Parteien und die Wirtschaftsverbände hob Erziehungsdirektorin Monika Knill hervor, dass die Hoheit der Kantone mit dem Lehrplan 21 gewahrt bleibe. Schulstrukturen, Unterrichtsformen und Anzahl Schulstunden auf der Stundentafel bleiben demnach in kantonalen Kompetenz. Der Lehrplan 21 gebe aber die Ziele vor, die die Schülerinnen und Schüler erreichen müssen. Laut Knill sind diese Inhalte alles andere als revolutionär. «Revolutionär ist nur, dass der Lehrplan von 21 Kantonen ausgearbeitet wurde.»

Kriterien für Prüfungen

Thurgauer Parteien und Verbände haben vier Monate Zeit, sich zum Lehrplanentwurf zu äussern. Erste kritische Punkte schälten sich in der gestrigen Diskussion heraus. Unklar ist zum Beispiel, nach welchen Kriterien geprüft wird, ob die Schülerinnen und Schüler die Mindestanforderungen gemäss Lehrplan erreicht haben. Laut Walter Berger, Chef des Amts für Volksschule, werden die Kriterien kantonsübergreifend erarbeitet. Das ganze Prüfungswesen bleibe aber in kantonalen Hand. «Wir werden weiterhin Noten haben», sagte Berger.

Gefragt wurde gestern auch, was mit Kindern passiert, die die Mindestanforderungen nicht er-

füllen. Die Förderung von Lernschwachen bleibe grundsätzlich gleich wie heute, sagte Berger.

Vertreter der Wirtschaft pochten gestern auf eine optimale Vorbereitung der Jugendlichen auf die Berufslehre. Laut Regierungsrätin Knill ist interkantonal geplant, für die einzelnen Berufe zu definieren, welche Anforderungsprofile künftige Lehrlinge in der Sekundarschule erfüllen müssen. Das könne je nach Beruf über die Mindestanforderungen des Lehrplans 21 hinausgehen.

Ebenfalls noch offen ist der kantonspezifische Teil des Lehrplans. Gedacht ist, dass 20 Prozent kantonal «befüllt» werden. Wie alle anderen offenen Fragen soll auch diese von einer bereits ein-

gesetzten kantonalen Projektgruppe gelöst werden. Gesamtprojektleiterin Sandra Bachmann versicherte, dass die Thurgauer Stundentafel genug Raum für solche Inhalte lasse.

Geplant ist, dass die Deutschschweizer Kantone den Lehrplan 21 im Herbst 2014 verabschieden. Im Thurgau soll er ab 2016 eingeführt werden. Der Regierungsrat kann in eigener Kompetenz über

den Lehrplan entscheiden. Ein Beschluss des Grossen Rats ist nicht nötig. Nach heutigem Stand brauche es keine Gesetzesänderungen, sagte Knill. «Das Thurgauer Volksschulgesetz ist Lehrplan-neutral.»

STICHWORT

Lehrplan 21

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die Kantone für die Volksschule Dauer und Ziele der Bildungsstufen harmonisieren müssen. Die 21 Deutschschweizer Kantone wollen das mit dem Lehrplan 21 erreichen. Er legt fest, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler auf einer Stufe

erreicht haben müssen. Sie müssen also nicht nur Wissen speichern, sondern es auch anwenden können. So besagt etwa eine Anforderung, dass ein Neuntklässler einen einwandfreien Bewerbungsbrief schreiben können muss. Der Lehrplan 21 macht zum Teil neue Lehrmittel nötig. (wid)

Auch ohne Frühfrenchisch?

Es gibt aber politische Fallstricke. Das betrifft den Frühfrenchischunterricht. Knapp die Hälfte der Mitglieder des Grossen Rats verlangt in einem Vorstoss die Abschaffung des Französischunterrichts an der Primarschule. Das wäre ein Verstoß gegen den Lehrplan 21. Selbst dann könnte er eingeführt werden, sagte Knill. Die Lernziele für die Sekundarstufe müssten angepasst werden.



Bild: Nana do Carmo

«Keine Revolution»: Projektleiterin Sandra Bachmann, Regierungsrätin Monika Knill und Amtschef Walter Berger informieren zum Lehrplan 21.